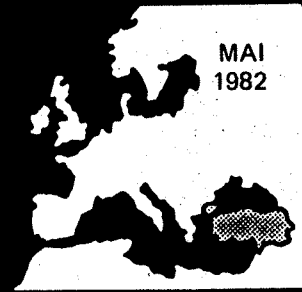


INFO TÜRK INFO - TÜRK INFO - TÜRK

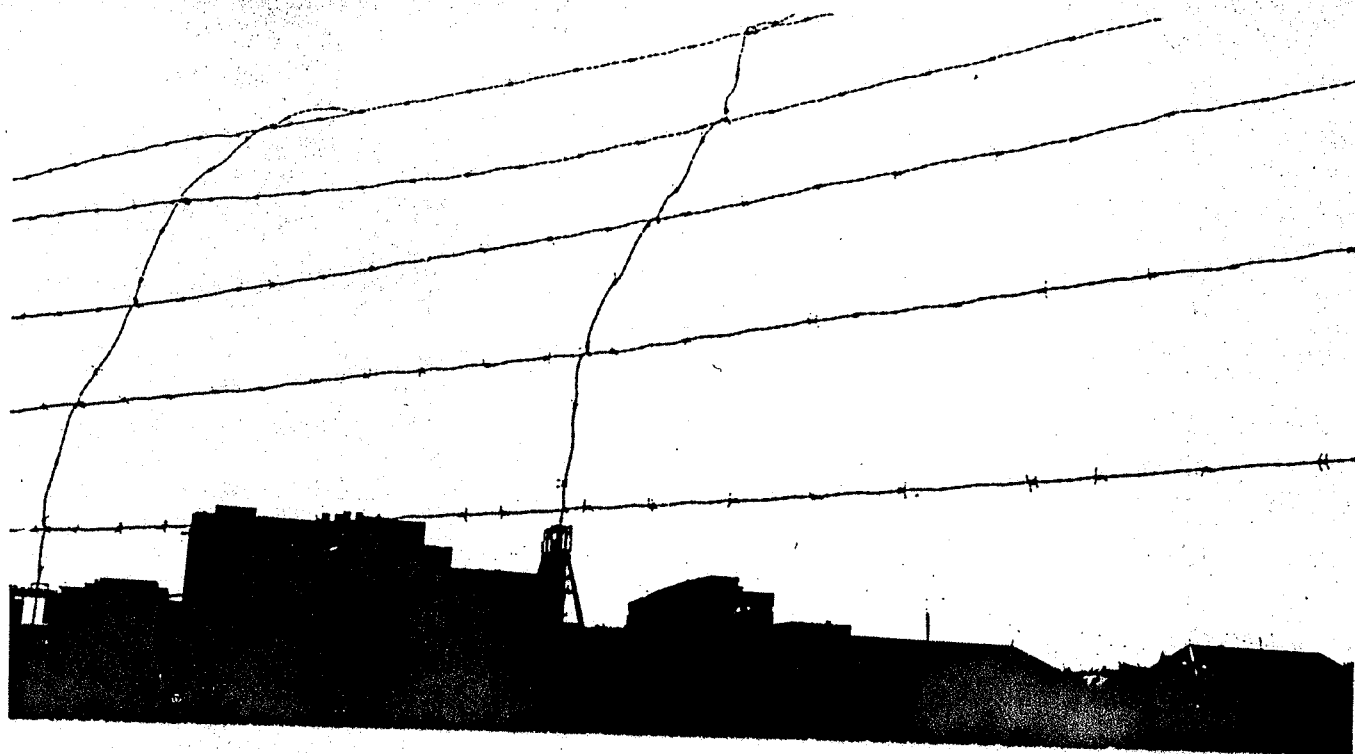
MAI
1982



monatliches blatt • bulletin mensuel • monthly bulletin

67

6 JAHR • PREIS: 3DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKIE - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN DEUTSCH: (0211) 325-759
• AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 • V.i.s.d.p: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1



EINE „VERFASSUNG“ ZUM ZWECKE VON MASSREGELUNGEN...!

Gleichzeitig mit der Eskalation von staatlichem Terror, wie ihn die Verhaftung des früheren sozialdemokratischen Premierministers Ecevit darstellt, haben die Militärmachthaber der Türkei den Prozeß der Vorbereitung einer neuen Verfassung beschleunigt, die die Grundlage für eine autoritäre Zivilregierung als Nachfolgerin der jetzigen Militärjunta zum Ziel hat.

Nach seiner zornesgeladenen Rede von Bursa, die grünes Licht gab für eine sofortige erneute Verhaftung Ecevits, verdoppelte bzw. verdreifachte General Evren seine Angriffe auf demokratische Politiker in zwei weiteren darauffolgenden Reden.

In einer Rede in der Stadt Balkesir wiederholte Evren, daß in der „Übergangsphase“ keinerlei politische Aktivitäten geduldet würden, und fuhr dann fort: „Diejenigen, die beharrlich das Gegenteil praktizieren und auch zukünftiger politischer Macht nachjagen, werden gerichtlich verfolgt und gebührend bestraft werden.“

In derselben Rede wies der Juntachef darauf hin, daß auch bei einer Zivilregierung die Militärs gegebenenfalls nicht zögern würden, einzugreifen. „Viele Bürger möchten wissen, was geschehen wird, wenn nach unserem Rückzug das Land wieder an denselben Punkt gelangt (eine Krisensituation). Haben Sie keine Sorge... die (für eine neue Krise) Verantwortlichen werden schon beiseite gedrängt werden. Denken Sie auch immer daran, daß es noch andere Kräfte gibt, die Ihnen zur Seite stehen zum Schutz dieses Landes.“

Fünf Tage später griff der General in einer Rede anläßlich des 62. Jahrestages der Gründung der – gegenwärtig aufgelösten – Großen Nationalversammlung der Türkei erneut demokratische Politiker so wie Ecevit an, gegen deren Inhaftierung seitens europäischer demokratischer Kräfte protestiert wird. „Mit Kummer und mit Unwillen verfolge ich die Bemühungen derjenigen, die einstmals lauthals nach totaler Unabhängigkeit schrien... Indem sie vergessen, wie sie selber dieses Land an den Rand des Abgrunds brachten, versuchen sie, die Türkei zu ihrer Art von Demokratie zurückzubringen. Sie veranlassen Ausländer, Druck auf die Türkei auszuüben, wobei sie selber dabei die Rolle des Informationslieferanten gegen ihr eigenes Land innehaben.“

UMRISSE EINER NEUEN VERFASSUNG

Getreu dem Willen der Militärregierung, die sich selber zum Gesetzesmacher ernannte, begannen die Mitglieder der Beratenden Versammlung im April mit dem Verfassen des Textes.

Obwohl der Sprecher der Beratenden Versammlung, Sadi Irmak, meinte, „wenn die Vorbereitungen für die Verfassung bis zum Herbst nicht abgeschlossen seien, so wird davon schon nicht die Welt untergehen“, sagte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Orhan Aldikacti, am 25 April dazu, noch vor September 1982 würde der neue Verfassungsentwurf der Beratenden Versammlung vorgelegt werden können.

Seit der Einsetzung des Verfassungsausschusses im November 1981 bestand die Tätigkeit dieses Ausschusses im Sammeln von Stellungnahmen. 31 der 160 Mitglieder der Beratenden Versammlung, 51 von 67 Provinzgouverneuren, 37 Universitäten und Fachhochschulen, Obere Gerichtshöfe, die pro-Junta eingestellte Gewerkschaft Türk-İs, Arbeitgebervereinigungen wie TISK und TÜSIAD und einige Banken und Berufsverbände haben ihre Einstellung bezüglich der neuen Verfassung dargelegt.

Weiter beschloß der Ausschuß, bei etwa 200.000 Leuten eine Befragung durchzuführen, um die Meinung des „Mannes auf der Straße“ zu erkunden.

Der Nationale Sicherheitsrat verhinderte jedoch diese Öffnung hin zur Öffentlichkeit unter dem Vorwand, daß der Etat des staatlichen Statistikamtes für das Jahr 1982 zur Verwirklichung einer derartigen Umfrage nicht ausreiche.

Wie Sie wissen, ist früheren politischen Führern das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung aberkannt worden, so daß sie sich zur zukünftigen Verfassung nicht äußern können. Der Nationale Sicherheitsrat hat dem Verfassungsausschuß die Genehmigung zum Befragen von Parteimitgliedern erteilt, die nicht mit zur Regierung gehörten. Jedoch ist dieser Beschluß bislang noch an keiner einzigen Stelle in die Praxis umgesetzt worden, obwohl mittlerweile bereits zwei Monate vergangen sind.

Im Gegensatz dazu haben sich aber die die Geschäftsleute repräsentierenden Vereinigungen zur zukünftigen Verfassung frei äußern können, indem sie sauber gedruckte Flugblätter verwandten.

Die türkische Kammer für Industrie, Handel und Warenaustausch zum Beispiel hat geäußert, daß die Exekutive verstärkt und der außer Kraft gesetzte Senat durch einen Republikrat ersetzt werden sollte. Die Geschäftsleute vertraten außerdem die Ansicht, das Regime solle sich dem Kommunismus verschließen und es solle nach den Prinzipien Atatürks und seinem Nationalismus regiert werden. Sie sagten: „Die Stellung des Staatsoberhauptes sollte weiter ausgebaut werden, als es in der Verfassung von 1961 vorgesehen war. Der Staatschef sollte zeitweise die Verfassung außer Kraft setzen können durch Ausrufen des Notstandes, falls er mit auftretenden inneren oder äußeren Bedrohungen nicht fertig zu werden droht. Er sollte auch die Macht haben, Bestimmungen zu erlassen und einige autonome Institutionen zu kontrollieren... Und die neue Verfassung sollte die Rechte von Privatunternehmen und Privateigentum schützen.“

Andere Organisationen, die die Interessen der Geschäftsleute vertreten, haben ähnlich lautende Vorschläge unterbreitet, so die TISK (Konföderation der Arbeitgebervereinigungen) und TÜSIAD (Vereinigung der Industriellen und Geschäftsleute der Türkei).

Dazu gehört auch die Forderung auf Einschränkungen des Organisationsrechts von Arbeitern in Gewerkschaften und des Streikrechts.

Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Aldikacti, wiederholte am 6. April, daß das Zurückweisen einiger der in General Evrens Rede dargelegten Prinzipien unmöglich sei. In einem anderen Interview, das am 26. April in den Zeitungen erschien, äußerte Aldikacti: „Die neue Verfassung wird dem Staatschef die für die Lösung von Problemen – in der Art, wie sie sich vor dem 12. September darstellten – nötigen Vollmachten zuweisen. Ihm wird die für die Lösung einer Krise erforderliche Macht erteilt, beispielsweise das Parlament aufzulösen und den Notstand auszurufen.“

Auf die Frage, ob von den kürzlich erlassenen Gesetzen welche als Artikel in die neue Verfassung übernommen würden, sagte Aldikacti, daß geeignet erscheinende eingearbeitet werden könnten und fügte hinzu, das letzte Wort hierzu habe der Nationale Sicherheitsrat zu sagen.

Berichte von der Errichtung eines dem Staatschef zugeordneten Rates der Republik berücksichtigend, meinte Aldikacti, er habe diesen Vorschlag herausgehoben, um Sachverstand und Erfahrung „hervorragender“ Menschen nutzbar machen zu können als Unterstützung des Staatsoberhauptes in Krisenzeiten.

Er unterstrich, daß das nationalistische Prinzip als eines der Prinzipien Atatürks in die neue Verfassung eingearbeitet würde.

Der einzige Punkt, über den die Ausschußmitglieder noch keine Klarheit gewinnen können, ist die Stellung der Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates im Rahmen der neuen Verfassung. Wahrscheinlich, so Aldikacti, wird der NSR nach der Rückkehr zu einem demokratischen System zumindest für kurze Zeit weiterbestehen.

Dieses antidemokratische Vorgehen bei der Vorbereitung einer neuen Verfassung weckt selbst bei der „gummistempeligen“ Beratenden Versammlung Protestreaktionen. So sagte das Mitglied Nuri Ozgöker in der Sitzung am 20. April: „Es ist an der Zeit, daß die Versammlung ihre Verantwortung wahrnimmt. Nach Vorbereitungen, die der Festsetzung von Grundsätzen dienen, sollten sämtliche vertretenen Ansichten der Versammlung zu Gehör gebracht werden. Daraufhin kann dann der Verfassungsausschuß entsprechend den festgesetzten Grundsätzen den Text entwerfen.“

Diese Art kritischer Haltung ist jedoch – bei insgesamt 160 Mitgliedern – auf wenige beschränkt. Die anderen sind sich noch dessen bewußt, als ernannte „Gesetzesmacher“ alle Direktiven der Militärjunta und des „big business“ in den Text der neuen „Verfassung“ einarbeiten zu sollen, um so mit all ihren Kräften dem zu entsprechen, was General Evren vom Entwurf erwartet.

KEMALISMUS UND MILITARISMUS

Während alle demokratischen Organisationen verschiedenen Formen von Druck unterworfen sind, hielt die „Kemalistische Elan-Vereinigung“ ihre erste Versammlung am 11. April in Ankara ab. Sie war erst letztes Jahr, aufgrund von Ermunterungen durch die Militärjunta, ins Leben gerufen worden.

Baha Vefa Karatay, Vorsitzender der Vereinigung, gab dabei bekannt, daß die Vereinigung bereits in 22 Provinzen und 14 Distrikten organisiert sei und in 26 Provinzen in den Vorbereitungen stecke.

Diese Vereinigung, die mit dem Anspruch auftritt, die wahre Nachfolgeorganisation für Atatürks Ideale zu sein, wird als Kern einer von den augenblicklich regierenden Militärs demnächst ins Leben gerufenen politischen Partei angesehen.

Zudem hat der NSR schon früher beschlossen, eine Ata-Vereinigung (Ata-Birlik) zu konstituieren, um die Grundsätze des Kemalismus (Atatürkismus) festzusetzen. Unter Vorsitz von General Evren soll diese neue Institution überall in der Türkei Ortsgruppen bilden. Auch nach der Rückkehr zu einer Zivilregierung werden dann alle nachfolgenden Regierungen zum Handeln innerhalb des von der Ata-Birlik festgesteckten ideologischen Rahmens verpflichtet sein.

GEFÄHRLICHE STRASSENAMEN

Der Stadtrat von Denizli hat in Übereinstimmung mit der von den Militärs auferlegten ideologischen Orientierung die Umänderung von Straßennamen beschlossen. Dazu gehören die „Friedens-Straße“ (Baris Caddesi), „Straße der Arbeit“ (Emek Caddesi), „Straße der Freiheit“ (Hürriyet Caddesi), „Straße der Revolution“ (Devrim Caddesi). Sie wurden umbenannt nach einigen historischen Persönlichkeiten des Osmanenreiches.

MILITARISIERUNG DER ERZIEHUNG

Ein im Ruhestand lebender Generalleutnant der Luftwaffe, Burhan Göksel, wurde zum Chef der Ausbildungs- und Übungsabteilung im Erziehungsministerium ernannt. (DN 5.4.)

Diese Abteilung hat beschlossen, Äußerungen Atatürks in die Texte der Schulbücher aller Jahrgänge eingehen zu lassen. Die Lehrer sind dazu verpflichtet, im Schuljahr 1982/83 alle Bücher durch die neuen zu ersetzen. (C-17.4.)

BEWAFFNUNG DER BERATENDEN VERSAMMLUNG

Der Rat der Minister beschloß die Ermächtigung aller Mitglieder der Beratenden Versammlung, Schußwaffen bei sich zu tragen, solange sie diesen vom NSR genehmigten Posten innehaben. (C-16.4.)

POLITISCHE GRUPPIERUNGEN

Im Anka-Nachrichtenbrief vom 27. April wird berichtet, „die verschiedenen Interessengruppen und ihre jeweiligen politischen Vertreter haben damit begonnen, um Positionen zu rangeln innerhalb der projektierten politischen Struktur der ‚türkischen Demokratie‘. Die führenden Zeitungen werden die Kristallisationspunkte der neuen politischen Gruppierungen darstellen...“

Diese verschiedenen Interessengruppen bringen ihre politischen Ambitionen mittels Tageszeitungen wie Tercüman, Hürriyet, Milliyet und Günes zum Ausdruck.

So votiert der die Ansichten der verbotenen Gerechtigkeitspartei widerspiegelnde Tercüman für die Rekonstruktion der traditionellen politischen Strukturen, und Günes, die riesige Geldmittel von der neuen und ständig wachsenden Finanzgesellschaft Cavusoglu/Kozanoglu erhält, verteidigt die Idee einer säkularen, westlich orientierten zentralen Partei zur Wahrung der Interessen des Kapitals, ohne jedoch die Aufrechterhaltung des ‚sozialen Friedens‘

dabei zu vernachlässigen.

Im Anka-Nachrichtenbrief heißt es weiter: „Die offensichtlich paradoxe Koexistenz von ‚Anfängen‘ mit divergierenden politischen Hintergründen und Orientierungen kann jetzt im Licht der sich zeigenden Vorliebe der Militärs für einen starken ‚kemalistischen Block‘ neu interpretiert werden.“

Gegenwärtig über die Perspektiven der legalen politischen Gruppierungen sprechen zu wollen, ist nutzlos, werden sie doch von den Militärs und dem Finanzkapital als der Hauptfeind dargestellt. Wie sagte doch Evren: „Es gibt für eine kommunistische Partei keinen Platz.“ Aber selbst für eine sozialistische Partei nicht: Die Republikanische Volkspartei Ecevits wird wie ein Bestandteil der kommunistischen Bewegung behandelt.

BÜROKRATISCHE REFORM

Am 13. April hat das designierte Mitglied Muzaffer Ender in der Beratenden Versammlung eine Kampagne in Gang gebracht zur Umstrukturierung der türkischen Bürokratie. Er sagte: „Die Bürokratie drosselt die Geschwindigkeit in der Entwicklung der Türkei. Gegenwärtig herrscht bürokratische Anarchie in der Türkei. Trotz der aufrichtigen Haltungen des Nationalen Sicherheitsrates und des Premierministers ist die Haltung des Beamtenapparates für uns eine Quelle der Sorge. Diese Staatsdiener sabotieren mit ihrer Neigung, ihre Pflichten nicht sorgfältig zu erfüllen, den Erfolg vom 12. September. Sie sollten entweder die Bedeutung dieses 12. September kennenlernen oder gehen.....“

Dieser Bemerkung folgte die Herausforderung des Vizepremiers Turgut Ozal in dem Haushaltsplanungsausschuß der Beratenden Versammlung. „Die Reform der staatlichen Behörden ist ein Thema, zu dem schon jahrelang Studien angefertigt wurden. Jetzt kommt es darauf an, diese Reform in die Praxis umzusetzen, das bedeutet, wie bei Alexander dem Großen, das Auflösen des gordischen Knotens.“

Die Heilmittel gegen die ‚bürokratische Anarchie‘ werden von der Tageszeitung Günesin in ihrer Ausgabe vom 16. April wie folgt zusammengefaßt:

- Statt Kader zu bilden für arbeitslose Menschen, sollten fähige Leute ausgewählt werden für bestehende Kader.
- Der Lebensstandard der Staatsbeamten sollte angehoben werden.
- Die Anzahl der Generaldirektoren-Posten sollte reduziert werden.
- Lokale Probleme sollten vor Ort gelöst werden und nicht in der Hauptstadt.

Als ersten Schritt in dieser Richtung begann der Nationale Sicherheitsrat die Möglichkeit zu überprüfen, alle Staatsbeamten einem einzigen Personalgesetz zu unterstellen. Gegenwärtig gibt es bei den im Staatsdienst stehenden Beamten eine entsprechend den 19 Gesetzen sehr differenzierte Kategorisierung.

TERROR VON SEITEN DES STAATES

ECEVIT VERHAFTET

Auf die von General Evren formulierten Anschuldigungen hin wurde der ehemalige Premierminister Ecevit am 10. April nach einem Interview mit dem ‚Spiegel‘ von den Kriegsverfahrensbehörden gefangengenommen. Obwohl der Militärgerichtshof des 2. Kriegsgerichtshofes die Inhaftierungsforderung ablehnte, stellte dann der 3. Kriegsgerichtshof den Haftbefehl aus.

Ein weiterer Haftbefehl wurde am 26. April vom 1. Militärgerichtshof in Ankara ausgestellt, wobei Anlaß ein an einen holländischen Journalisten geschriebener Brief war, der später in einer Sendung des BBC verwendet wurde.

Der Prozeß gegen Ecevit begann — wegen der ersten Anschuldigung — am 29. April. Während des Verhörs sagte Ecevit: „Ich glaube nicht daran, daß man die Demokratie zerstören muß, um den Terror zu beenden.“

Am 20. April wurde Ecevit ebenfalls verhört, wegen der von Faschisten provozierten blutigen Vorfälle bei der Beerdigung eines örtlichen Parteivorsitzenden, der von Grauen Wölfen ermordet worden war.

Am 27. April begannen in den Büroräumen des militärischen Anklägers in Ankara und im Militärgericht von Istanbul die Befragungen von 138 ehemaligen Abgeordneten der aufgelösten Republikanischen Volkspartei. Die Anklage lautet auf Zusammenarbeit mit den DISK-Anführern und Unterstützung von Widerstandsaktionen der Arbeiter.

Zwei CHP-Abgeordnete, Ertugrul Günay und Temel Ates, wurden am 10. April nach ihrer Verhaftung durch ein Militärgericht nach Erzurum gebracht, wo sie mit dem Kern der Dev-Yol-Partei gemeinsam vor Gericht stehen sollen wegen angeblicher Verbindungen zu deren Organisation in Fatsa.

EIN PARTEIVORSITZENDER VERURTEILT

Mihri Belli, Vorsitzender der TEP (Türk. Arbeiterpartei) wurde vom 3. Istanbuler Kriegsgerichtshof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wegen einer Ansprache beim Treffen des Zentralkomitees der Partei im Jahre 1979. Das Urteil wurde am 2. April in Abwesenheit des Angeklagten verkündet, da dieser seit dem Militärcoup im Untergrund lebt. Belli gehört zu den Altkommunisten; die TEP ist schon vor dem 12. September vom Verfassungsgericht verboten worden.

VERURTEILUNG EINES MINISTERS

Der Oberste Gerichtshof der Türkei verurteilte am 13. April den früheren Minister Hilmi Isgüzar zu 9 Jahren und 8 Monaten Gefängnis wegen „Korruption und Mißbrauch seiner offiziellen Stellung zum Zwecke persönlicher finanzieller Vorteile“. Außerdem mußte er 5,2 Mill. TL (35 000 Dollar) Strafe zahlen. Ein weiterer Minister der Regierung Ecevit, Tuncai Mataraci, war bereits im März vor demselben Gericht zu lebenslänglich verurteilt worden.

Am 29. März ordnete der NSR gegen den ehemaligen Industrie-Minister der amtierenden Militärregierung, Sahap Kocatopcu, aus ähnlichen Gründen die Einleitung eines Verfahrens an.

SKANDAL BEI DER BEERDIGUNG

Die Beisetzung des früheren Außenministers Turan Günes, der am 8. April an den Folgen eines Herzinfarktes gestorben war, gab den Partisanen der inzwischen verbotenen Parteien die Möglichkeit der Bekundung ihrer Sympathie für ihre Parteiführer und ihres Wunsches nach ziviler Herrschaft. Tausende versammelten sich vor der Politischen Fakultät der Universität von Ankara, an der Günes vor Beginn seiner politischen Karriere gelehrt hatte. Daraufhin wurde in letzter Minute die feierliche Zeremonie vor dem Außenministerium abgesagt, und während der gegenwärtige Außenminister und der Ministerstab auf die Leichenprozession warteten, wurde der Leichenwagen auf direktem Weg, ohne bei ihnen anzuhalten, nach Istanbul weitergeleitet.

WIEDERBEGINN DES DISK-PROZESSES

Der Prozeß gegen die 52 Anführer der Gewerkschaft DISK begann am 14. April wieder vor dem 2. Istanbuler Militärgericht.

Ein weiterer Angeklagter ist hinzugekommen, Ahmet Isvan, dem vorgeworfen wird, die Mittel der Stadtverwaltung zur Unterstützung von DISK-Aktionen benutzt zu haben.

In der zweiten Sitzung begann der militärische Ankläger damit, die Angeklagten zu verhören. Bis zum Ende des Monats dauerte das Verhör von Abdullah Bastürk.

Befragt über den Weg zum Sozialismus, den er für den besten hielt, sagte Bastürk: „Ich bin Mitglied und ehemaliger Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP. Deren politische Einstellung ist jedermann bekannt. Da die CHP eine Massenpartei war, gab es in ihr Demokraten, Fortschrittliche, Sozialdemokraten ebenso wie auch Befürworter eines demokratischen Sozialismus, zu denen ich auch gehöre, so wie diejenigen in der Sozialistischen Partei Mitterands und in den sozialistischen und Arbeiter-Parteien anderer europäischer Länder.“

Wegen der Verhaftung des Hauptverteidigers im DISK-Prozeß, Orhan Apaydin, werden die 53 Gewerkschafter jetzt von anderen verteidigt. Der Einspruch der Verteidiger wegen der an Inquisition erinnernden Prozeßführung wurde vom Militärgericht zurückgewiesen.

Eine andere Forderung, die die Freilassung der anderen 122 DISK-Gewerkschafter betrifft, wurde ebenfalls, und zwar am 2. April, abgewiesen. Wie berichtet wurde, soll gegen sie gesondert in einem weiteren Massenprozeß verhandelt werden.

Des weiteren wird gegen 107 DISK-Offizielle ermittelt wegen ihrer seit 1. Januar 1975 laufenden Bankkonten, wobei auch die Vermögensverhältnisse ihrer Angehörigen überprüft werden.

Was das Vorgehen gegen das türkische Friedenskomitee betrifft, so wurde am 14. April der bekannte Maler Orhan Taylan verhaftet, so daß sich die Zahl der gefangenen genommenen Mitglieder auf 25 erhöht hat. Andere sind untergetaucht.

Am 13. April mußten sich 8 Menschen vor dem 3. Militärgericht verantworten, weil sie den DISK-Generalsekretär Fahmi Iscklar bei dem Militärcoup bei sich versteckt hielten.

2 NEUE MASSENPROZESSE GEGEN ARBEITER

Am 15. April begann in Amasya einer der größten Massenprozesse, wobei 510 von insgesamt 989 Bergarbeitern der Yeni Celtek Lignite-Minen Teilnahme an Dev-Yol-Aktivitäten vorgeworfen wird. Außerdem sind unter den Angeklagten noch 105 Bauern, 49 Händler oder Handwerker und 18 Lehrer. Der militärische Ankläger hat in 64 Fällen die Todesstrafe gefordert.

13 Offizielle der Metallarbeitergewerkschaft Tüm-Madenls stehen seit dem 22. April vor dem 3. Istanbuler Kriegsgerichtshof, wobei für sie Haftstrafen bis zu 10 Jahren gefordert sind.

Auch im April sind wieder neue Prozesse gegen fortschrittliche Leute eröffnet worden; 187 mal ist dabei die Todesstrafe beantragt worden. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der Forderungen auf Todesstrafe auf 4476 (bis Ende April). In der folgenden Liste mit neuen Gerichtsverhand-

lungen werden die beantragten Todesstrafen in Klammern angegeben:

- Revolutionärer Weg Dev-Yol: Am 16.4. in Amasya 510 (64)
- Arbeiterpartei Kurdistans PKK: Am 20.4. in Erzurum 172 (34)
- Kurdische Organisation KAWA: Am 1.4. in Istanbul 42 (14)
- Marx.-Leninistische Propaganda-Einheit (MLSPB): Am 25.4. in Istanbul 114 (42)
- Vereinigung der Staatsbeschäftigten (Tüm-Der): Am 7.4. in Istanbul 8 (–)
- Arbeiterpartei der Türkei (TIP): Am 9.4. in Ankara 48 (–), 16.4. in Istanbul 82 (–)
- Komm. Partei TKP/B: Am 4.4. in Adana 12 (–)
- Kadetten der Kriegsakademie: Am 11.4. in Ankara 29 (–)
- Rechte Gruppen: Am 4.4. in Istanbul 3 (3), 3.4. in Erzincan 142 (30)
- Volksclub: Am 30.4. in Ankara 17 (–)

URTEILE

Im vergangenen Monat wurden viele Urteile gegen politische Gefangene gefällt, darunter 17 Todesurteile, die sich auf folgende Organisationen beziehen: THKP/C: 7, TKP/ML: 2, Tekosin (kurdisch): 2, TDKP: 1, Dev-Yol: 2, Dev-Sol: 1, UKO: 1. Zwei weitere Todesurteile sind in nicht-politischen Prozessen verkündet worden.

Die Gefängnisstrafen verteilen sich wie folgt: TDKP: 11, HY: 3, THKP/C: 37, TKP/ML: 10, Dev-Sol: 1, Tekosan: 3.

Das erste Mal seit der Machtübernahme durch die Militärs ist am 22. April in Sakarya an einem wegen eines kriminellen Vergehens Verurteilten das Todesurteil vollstreckt worden. Es handelt sich um Sabri Altay, so daß sich nun die Zahl der Opfer auf 15 erhöht hat.

MENSCHENJAGD

Das Innenministerium teilte mit, daß im Jahre 1981 mehr als 60 000 Menschen verhaftet worden sind – eine Zahl, die durch die Informationen des Datensammelzentrums zustande gekommen ist.

In dem Zeitraum eines Monats (April) haben die Sicherheitskräfte nach eigenen Angaben 99 TKP-Mitglieder verhaftet sowie 29 von der THKP/C, 24 der TDKP, 67 der Dev-Yol und 298 Mitglieder anderer Organisationen.

NEUE REPRESSIVE MASSNAHMEN

Innenminister Cetiner kündigte am 3. April an, die Zahl der Polizeibeamten solle von 50 000 auf 121 000 erhöht werden.

Das Gesetzesvorhaben zur Einsetzung mobiler Polizeikräfte in wichtigen türkischen Städten ist auf die Tagesordnung der Beratenden Versammlung gesetzt worden.

Am 9. April empfing General Evren eine Delegation der Sicherheitsbeamten, denen er sagte, eine Erneuerung der türkischen Sicherheitsorganisation sei genauso notwendig wie bei der Armee, wo dem Wechsel der Zeiten durch Modernisierung Rechnung getragen werden müsse.

Durch Regierungserlaß soll – um den Lebensstandard der Polizisten anzuheben – ein gegenseitiger Hilfe-Fonds

(POYAK) eingerichtet werden.

Der Justizminister kündigte an, daß binnen eines Jahres in der Türkei 67 neue Gefängnisse gebaut werden sollen.

Was die Justiz betrifft, so wurde der Kodex des Kriegsrechtsregiments am 20. April noch einmal vom NSR geändert: Die Verpflichtung zur Verlesung der vollen Anklageschrift wurde wegen einer dadurch bedingten Beschleunigung der Verfahren für die mehr als 5000 politischen Gefangenen abgeschafft.

ORGANISATION UNTER DIE LUPE GENOMMEN

Der Ministerrat hat der Beratenden Versammlung einen neuen Gesetzentwurf zugesandt, der das Ziel haben soll, „die Berufsorganisationen gegen gefährliche Strömungen zu schützen“.

Auch schon vor der Annahme eines solchen Gesetzes hatte die Militärjunta bereits viele demokratische Organisationen verboten und ihre Vorsitzenden verhaftet.

Seit kurzem werden die übrig gebliebenen Berufsorganisationen überprüft. Einige politisch rechts einzuordnende Mitglieder der TMMOB (Ingenieur- und Architekten-Gewerkschaft) wandten sich am 8. April an den NSR mit der Bitte, Nachforschungen anzustellen bezüglich der Einschleusung „subversiver“ Elemente in diese Organisation.

Am 8. April hat die Kriegsrechtskommandantur von Ankara die Feierlichkeiten anlässlich der Wiederkehr des Geburtstages von Mimar Sinan, dem vor vier Jahrhunderten lebenden größten türkischen Architekten, die die Ankara' er Architektenvereinigung vorbereitet hatte, verboten.

Ebenfalls am 8. April kündigte Innenminister Cetiner Untersuchungen an, die die „Grundlagen der Sprache und Geschichte“ betreffen.

Die Ministerien für Landwirtschaft und Kooperativen begannen am 20. April mit dem Entwurf einer Gesetzesfolge, die die Schließung von Köy-Koop, einer fortschrittlichen Bauerngenossenschaft, zum Ziel haben soll.

Um die Jugend unter Kontrolle zu bekommen, hat der Ministerrat einen neuen Gesetzentwurf vorbereitet. Darin sollen alle gegenwärtig noch existierenden Jugendorganisationen aufgelöst werden und an deren Stelle eine zentrale Jugendorganisation unter der Oberaufsicht des Ministeriums treten. Sowohl im In- wie im Ausland soll die türkische Jugend in Zukunft nur noch durch diese „Nationaler Rat für Jugenddienste“ genannte Vereinigung vertreten werden.

FOLTER

Ein im schwedischen Exil lebender kurdischer Schriftsteller äußerte am 5. April, 38 kurdische Nationalisten, die im Gefängnis von Diyarbakir einsitzen, seien einige Tage zuvor zu Tode gefoltert worden. Die Monatszeitschrift Demokrat Türkiye berichtete, in der Nacht zum 21. März sei der Hauptangeklagte im Prozeß gegen die kurdische PKK, Mazlum Dogan, infolge von Folterungen in seiner Zelle gestorben, und weitere 12 Häftlinge seien erschossen worden.

Am 26. April gab das türkische Außenministerium zu, daß tatsächlich im Gefängnis von Diyarbakir zwei Gefangene tot aufgefunden wurden, leugnete aber den Tod von weiteren 36 Inhaftierten.

Der Demokrat Türkiye berichtete weiter vom Foltertod dreier anderer Gefangener: Eine Person namens Isa starb

am 5. März im Distrikt Unye, Vakkas Dogru am 7. März in Araban und Süleyman Seker Ende Februar in Bozova.

Die 428 Angeklagten im Dev-Sol-Prozeß vor dem 2. Kriegsgerichtshof in Istanbul weigern sich weiterhin, vor Gericht zu erscheinen, solange nicht ihre Folter-Vorwürfe geprüft worden sind.

Im TKP-Prozeß in Ankara gab der Angeklagte Ali Aras am 2. April zu Protokoll, er sei eingesperrt worden wegen seiner in der vorangegangenen Sitzung praktizierten Verteidigung.

An dem gleichen Tage baten im TDKP-Prozeß zwei Angeklagte um Verlegung ins Krankenhaus wegen der Folgen von Folterungen, aber die Bitten wurden zurückgewiesen.

Die wegen Beteiligung an Aktionen der HDO in Ankara und Izmir vor Gericht stehenden Angeklagten erklärten, sämtliche Aussagen seien unter Folter zustande gekommen.

Am 15. April enthüllten die weiblichen Gefangenen, die sich wegen Widerstehens gegen die Anordnung der Gefängnisleitung verantworten müssen, sie seien von Soldaten geschlagen und verletzt worden und sie hätten nichts zu essen bekommen:

ZWEI GESTÄNDNISSE FÜR DIESELBE STRAFTAT!

Zwei verschiedenen Gruppen wird gegenwärtig in verschiedenen Gerichtsverhandlungen der Prozeß gemacht wegen der Ermordung eines Goldschmieds im Jahre 1979. Während Bünyamin Karaman, Adalet Erbas und Süleyman Sagol deswegen in Ankara vor dem 3. Militärgericht stehen, sind bei dem vor kurzem gegen 574 Dev-Yol-Mitglieder eröffneten Prozeß Ali Baspinar, Alper Tunga, Levent Yakis und Mehmet Baha Cetintas desselben Verbrechens angeklagt. Beide Seiten haben bereits bei ihren Polizeiverhören die Verantwortung für den Mord übernommen!

VORGEHEN GEGEN FOLTERUNGEN

Ein Amtsvorsteher, 7 Polizisten und 2 Nachtwachen wurden in Ankara vor Gericht gestellt wegen an TDKP-Mitgliedern im August und September 1981 in Kirikkale vorgenommenen Folterungen.

Der Heerführer Faik Agah Uner, Sergeant Gazi Gündogdu und Dr. Nebi Ziya Akkan wurden am 1. April zu je 36 Jahren Haft verurteilt, weil sie bei Folterungen die 3 Bauern Ali Orcan, Mustafa Orcan und Mehmet Kodak getötet hatten. Die Opfer waren am 10. Juli 1980 in der Stadt Misis gefangenengenommen worden.

Der militärische Ankläger in Ankara eröffnete einen Prozeß gegen 11 Polizisten der Politischen Abteilung des dortigen Polizeipräsidiums wegen Tötung eines Häftlings durch Folter.

DAS EINGESTEHEN VON FOLTERUNGEN

Der Polizeioffizier Ekrem Ozbey sagte am 3. April vor dem 2. Kriegsgerichtshof in Ankara aus: „Alle Verhöre im Polizeihauptquartier finden unter Anwendung von Folter statt. Ich selber habe mich auch an einigen dieser Folterpraktiken beteiligt. Später habe ich mich aus dem Polizeidienst zurückgezogen.“

Beim 1. Ankara'er Militärgerichtshof äußerte Rahman

Gümrükcü am 6. April folgendes: „Falls der Gefangene nicht die Wahrheit sagt, wird er der Folter unterworfen und daraufhin noch einmal befragt.“

Bei der Gerichtsverhandlung anlässlich des Todes des Verlegers İlhan Erdost am 16. April sagten Zeugen aus, der Sergeant und Soldaten schlugen zunächst einmal jeden neu eintreffenden Häftling des Mamak-Militärgefängnisses.

Am 19. April sagte Amtsvorsteher Tugman Aykin, Zeuge im Kurtulus-Prozeß beim 2. Kriegsgerichtshof in Ankara, er übe auf Häftlinge moralischen Druck aus, um Aussagen zu erhalten.

WAS IST KRIMINELL AN EINER FOLTERUNG BIS HIN ZUM TODE ?

Entscheidung des Generalrates des militärischen Kassationsgerichts: „Das Verbrechen des Zu-Tode-Folterns kann dann nachgewiesen werden, wenn der Urheber dieses Aktes dies tatsächlich auf grausame Weise beging und wenn das Opfer beim Sterben auch tatsächlich unter dieser Grausamkeit litt.“ (C-24.4.82)

KULTURELLES LEBEN

Während die fortschrittliche Presse zu absolutem Schweigen verurteilt ist, kämpft die Boulevard-Presse mit allen Mitteln um ihre Auflagenhöhe.

Besonders nachdem die von dem mächtigen Finanzunternehmen Kozanoglu/Cavusoglu ins Leben gerufene Tageszeitung „Günes“ die Arena betreten hat, hat sich der Auflagenstreit zu einem Wettbewerb um Einfluß auf ökonomischen und politischen Gebieten umgewandelt.

„Hürriyet“, die älteste der Zeitungen mit hoher Auflage, zögerte nicht damit, ihren Rivalen „Günes“ zu denunzieren, und zwar bei General Evren, weil sie trotz Bestehens eines entsprechenden Verbots der Kriegsrechtsbehörden eine Nachricht weitergegeben hätte.

Jedoch brachte dies für „Hürriyet“ ein noch schlimmeres Ergebnis. Die Militärbehörden ließen „Günes“ gänzlich ungestraft; im Gegensatz dazu verpflichteten sie „Hürriyet“ dazu, am 11. April eine Entschuldigung abzudrucken wegen der Benutzung einiger Ausdrücke im Wortlaut ihrer Anzeige.

NEUE PROZESSE UND URTEILE

Der Militärankläger eröffnete ein Gerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Burhan Apaydin und den Chefredakteur der Tageszeitung „Cumhuriyet“, Okay Gönensin, und zwar wegen des Inhalts der Berufungsklage gegen die Verhaftung von Rechtsanwalt Orhan Apaydin. Die Anklage ist der Meinung, der Text enthalte Ausdrücke, die den Kollegen beleidigen.

Nazlı İlicak und Aydogdu İlter wurden am 2. April vom Staatsanwalt wegen Verletzung des NSR-Dekrets Nr. 52 verhöört.

Der Chefredakteur der jetzt verbotenen „Savas Yolu“, Mustafa Sayim, wurde am 5. April zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Ministerrat verbot am 16. April die Verteilung von 22 im Ausland gedruckten Veröffentlichungen.

Serdar Altıparmak, Korrespondent der Tageszeitung

„Hürriyet“, wurde am 20. April im Distrikt Kusadasi festgenommen, weil er Gerichtsangestellte beim Waschen des Privatwagens des Richters fotografierte.

Eine Gefängnisstrafe für den Schriftsteller Necip Fazıl Kısakürek wurde am 23. April vom Kassationsgericht bestätigt. Er wurde verurteilt, weil er Atatürk diffamiert haben soll.

EINE NEUE BEDROHUNG FÜR DIE UNIVERSITÄTEN

Am 20. April hat der NSR das Gesetz zur Höheren Schulbildung modifiziert. Es ermächtigt den Rat für Höhere Schulbildung YOK, irgendeinen Rektor oder Dekan zu entlassen, ohne das Ende seiner Amtszeit abzuwarten und ohne die Verpflichtung zur Angabe von konkreten Gründen.

Der Präsident des YOK, Prof. Dogramaci, sagte am 27. April, daß derjenige, der die Grundsätze Atatürks nicht respektiere, von den Universitäten ausgeschlossen würde.

DIE SOZIALE LAGE

Während die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung unter schweren Druck geriet, konnte ihr Gegenstück, die TISK, am 8. April in Ankara ihre 14. Generalversammlung veranstalten, um die neue Arbeitspolitik der Kapitalgeber zu bestimmen, die seit 1980 Nutzen gezogen haben aus der Aufhebung des Streikrechts, so daß sich ihre Profitrate um 200 bis 300 Prozent erhöhen konnte.

Der TISK-Vorstand unter Vorsitz von Halit Narin stellte die Behauptung auf, daß angesichts der hohen Arbeitslosenquote von 3 Millionen diejenigen, die das Glück gehabt hätten, Arbeit zu finden, zu einer „reichen Minderheit“ gehörten, die demzufolge nicht noch Lohnerhöhungen fordern sollten.

Diese Aufforderung verursachte selbst in der regierungstreuen Presse viel Lärm.

Was noch dazukommt: Der Mitvorsitzende des mächtigen Konzerns Kozanoglu/Cavusoglu, Omer Cavusoglu, lehnte die Art der Anbiederung Narins ab und kündigte an, daß die türkische Finanzwelt, die die freie Wirtschaft verteidigt, eine die Übel der Gesellschaft ausbessernde Haltung einnehmen und deswegen Gewerkschaften und Demokratie unterstützen sollte.

Der Vorsitzende der TUSIAD, der Vereinigung von Geschäftsleuten und Industriellen, Ali Kocman, sagte zu einem ähnlichen Annäherungsversuch auf dem Kongreß: „In der neu zu errichtenden sozialen Ordnung müssen wir mit den Arbeitern zusammen leben. Was die Arbeiter betrifft, so werden sie mit dem Anspruch auf Ausübung all ihrer Rechte, auch des Streikrechts..., an unserer Seite leben.“

Diese Erklärungen wurden von Zeitungsredakteuren dahingehend interpretiert, daß in der Geschäftswelt bei den Großen Unzufriedenheit herrscht über die Auflösung der freien Betätigung der Gewerkschaften und daß sie für die Arbeiter die Möglichkeit kollektiver Vertragsabschlüsse wünschen. Das braucht einen nicht zu verwundern, denn obwohl die großen Firmen in den letzten zwei Jahren traumhafte Profite erwirtschaftet haben, haben sie nun Sorge, ihren Anteil im Innenhandel wegen der fallenden Kaufkraft der Arbeiter zu verlieren. Somit denken sie, es sei an der Zeit, einige Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen.

Der Vorsitzende der regierungstreuen Textilgewerkschaft TEKSIF, Sevket Yilmaz, sprach auch auf dem Kongreß und teilte den „guten Willen“ der finanzstarken Firmen: „Wenn ihr keine neuen Fabriken errichtet, wird es uns Arbeiter nicht mehr geben... insofern sind wir als Arbeitgeber und Arbeitnehmer aneinander gebunden wie Fleisch und Knochen...“

Jedoch reicht diese Art von Willensbezeugung nicht aus, um Ordnung in das Lohnsystem zu bringen. Ohne Teilnahme der DISK wird es sicher niemals möglich sein, ein kollektives Abkommen zu treffen, das die Arbeiter zu friedensstellt. Und da die Militärs offenkundig zur restlosen Auflösung der DISK entschlossen sind, gibt es kein adäquates Gegenüber mehr für kollektive Lohnabschlüsse — außer, das ganze System ändert sich. Das ist das Erste.

Zweitens machen die von der Militärregierung vorbereiteten Gesetzesentwürfe über Arbeiter und ihre Organisation die Wiedererrichtung eines gerechten Systems zum Abschluß von Kollektivverträgen unmöglich. Darüber hinaus begrenzen diese Entwürfe das Streikrecht auf bestimmte Sektoren, und selbst da kann die Regierung von sich aus die Streiks beenden.

Zum Dritten ist es im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik unmöglich, Heilmittel zu finden für die chronische Arbeitslosigkeit und die Abnahme der Kaufkraft.

Nach einer Übersicht der Eisenbahnergewerkschaft muß ein Arbeiter 14 Std. 12 Minuten arbeiten, um 1 kg Fleisch kaufen zu können, und für 1 kg Brot sind es 1 Std. 13 Min. 1963 lagen die Vergleichszahlen bei 6 Std. 17 Min. bzw. 44 Min.

Das monatliche Mindesteinkommen liegt noch bei 9618 TL (60 US-Dollar). Der Minister für Soziale Sicherheit und Generalsekretär der Türk-Is, Side, erklärte, es sei bis 1984 nicht möglich, das Mindesteinkommen anzuheben. Der „Cumhuriyet“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 1. April eine Statistik, die ausweist, daß eine vierköpfige Istanbuler Familie im Monat mindestens 24 950 TL, das sind etwa 167 Dollar, benötigt.

AUS DER WIRTSCHAFT

LAND- UND AGRAR-REFORM

Das drängende Problem der Land- und Agrar-Reform, das seit der Ausrufung der Republik ansteht und nicht gelöst werden konnte, stand wieder einmal auf der Tagesordnung der ‚Gesetzgeber‘.

Schon früher sind viele Versuche fehlgeschlagen, diese lebenswichtige Reform durchzuführen, und zwar auf Grund des Drucks von Seiten der Großgrundbesitzer. Die erste im Jahre 1973 durchgeführte Land- und Bodenreform ermöglichte in der Provinz Urfa ein Versuchsprojekt. Jedoch wurde das Gesetz nach einer beträchtlichen Nationalisierung im Jahre 1977 vom Verfassungsgericht widerrufen. Da es noch keinen Ersatz gab für das abgeschaffte Gesetz, konnte der größte Teil des in Nationaleigentum übergebenen Landes nicht weiter verteilt werden.

Nach dem Militärcoup vom 12. September 1980 haben internationale Finanzinstitutionen wie der IMF und die OECD den Militärs vorgeschlagen, diese Reformen tatsächlich durchzuführen, um so für die Bourgeoisie bestehende feudale Schranken zu beseitigen und dem Industriesektor den Binnenmarkt stärker zu öffnen.

Daraufhin entwarf die Militärregierung ein neues Reformgesetz, um bis zu einer endgültigen Lösung die Aktionen gegen die Nationalisierung aufzuhalten.

Jedoch wurde dieses neue Gesetz mit dem von den Großgrundbesitzern ausgehenden Druck konfrontiert. Der ständige Ausschuß beim Verfassungsgericht beschloß als erstes, die Bestimmung zu streichen, derzufolge vorangegangene Gesetzeserlasse gegen die Nationalisierung von Land aufgehoben würden.

Jedoch mußte dann auf Grund des vom NSR ausgeübten Drucks in der Beratenden Versammlung der authentische Regierungsentwurf angenommen werden, und zwar mit 64 zu 22 Stimmen.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch den NSR bedeutet dieses Gesetz, daß Landbesitzer nach Ablauf einer Frist von 10 Jahren nach der Verstaatlichung keine Besitzansprüche mehr geltend machen können.

GOLDENES JAHR DER MONOPOLE

Das Jahr 1981 ist von türkischen Zeitungen als ein „goldenes Jahr“ für Monopolgesellschaften bezeichnet worden.

Nach einem Bericht von „Günaydin“ vom 4. April beträgt der Prozentsatz der Profitmaximierung bei Banken: Bei der Ziraat Bankasi 192,5%, Halk Bankasi 124,5%, Is Bankasi 65,8 %, Akbank 92,9 %, Pamuk Bankasi 124,9%, Emlak Kreditbank 323,3 %, Türk

GOLDENES JAHR DER MONOPOLE

Das Jahr 1981 ist von türkischen Zeitungen als ein „goldenes Jahr“ für Monopolgesellschaften bezeichnet worden.

Nach einem Bericht von „Günaydin“ vom 4. April beträgt der Prozentsatz der Profitmaximierung bei Banken: Bei der Ziraat Bankasi 192,5%, Halk Bankasi 124,5%, Is Bankasi 65,8 %, Akbank 92,9 %, Pamuk Bankasi 124,9%, Emlak Kreditbank 323,3 %, Türk. Ticaret Bankasi 18,4 %, Osmanli Bankasi 54,2 %, Yapi ve Kredi Bankasi 170,5 %, Dis Ticaret Bankasi 677,8 %, Töbank 90,7%, Hisarbank 169 %.

Nur die Is-Bank hat 100 % Dividende an ihre Anteilhaber verteilt.

„Cumhuriyet“ berichtet am 7. April, daß wichtige türkische Gesellschaften an ihre Aktionäre Dividende gezahlt haben, und zwar:

Canakkale Seramik 200 %, Sarkusyan 160%, Kav 150%, Bastas 110%, Anadolu Cam 100%, Good-Year 100%, Izocam 100%, Uniroyal 120%, Türkiye Sise Cam 90%, Kordsa, Koruma Tarim und Rabak je 75%, Bursa Cimento, Kartonsan je 60%, Akcimento, Celik, Hektas, Koc Holding, Makina Tarim, Nasas, Olmuk, Plastifay je 50%. Die größten Gewinne hatten zu verzeichnen: Cukurova, Koc und Kozanoglu/Cavusoglu, und zwar respektable Summen in Höhe von 394 Milliarden TL (2,6 Milliarden Dollar), 271,5 Milliarden TL (1,8 Milliarden Dollar) und 110 Milliarden TL (700 Millionen Dollar).

Was die staatlichen Wirtschaftsunternehmen (KIT) be-

trifft, die sonst immer eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellten, so haben jetzt erstmals 27 von 38 Unternehmen Gewinne erzielt. Bei der Radio- und Fernseh-Gesellschaft sind es 43,33 %, beim Elektrizitätswerk 34,77% und bei der Post 29,84%.

Jedoch ist dieser Erfolg nicht auf Rationalisierung der Unternehmensfunktionen zurückzuführen, sondern eher auf das Streikverbot und die Aufhebung kollektiver Tarifabschlüsse. Die KIT's haben sogar in einem Jahr 18 500 Arbeiter entlassen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Liquidierung einiger kleinerer Unternehmen von Bedeutung. „Cumhuriyet“ berichtete am 5. April davon, daß die Zahl der bankrott gegangenen Firmen 1981 etwa 107 % betrug.

VERSCHULDUNG IM AUSLAND

In den Tagesnachrichten vom 14. April hieß es, die Auslandsschulden der Türkei würden auf insgesamt 18 bis 19 Milliarden Dollar geschätzt. Wenn man aber Neuverschuldungen beim Pipeline-Bau sowie beim Abzahlen der Zinsen mit berücksichtigt, so dürften es insgesamt an die 30 Milliarden sein.

Im Jahre 1981 zahlte die Türkei 3,15 Milliarden Dollar an das Ausland zurück, wobei 1,08 Milliarden auf Zinszahlungen entfielen und 2,07 Milliarden auf das Abzahlen der geliehenen Geldsummen.

AUSLÄNDISCHE BANKIERS IN DER TÜRKEI

Am 14. und 15. April wurde in Istanbul durch die Initiative der Yapi ve Kredi Bankasi und von Euromoney ein Seminar veranstaltet mit dem Thema „Die Türkei und der Weltwährungsmarkt“, an dem 59 leitende Bankangestellte von 50 Banken aus 15 Ländern teilnahmen. Zu den Teilnehmern gehörte auch Vizepremier Ozal.

Das Aufsichtsratsmitglied von Daimler-Benz, Dr. Gerhard Giener, sagte dabei, die von der Regierung nach 1980 geschaffenen Anreize zeigten jetzt positive Ergebnisse, und in der Türkei sei für ausländisches Kapital ein erhebliches Potential vorhanden.

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

TÜRKEI – USA

Am 13. April unterzeichneten eine amerikanische Gesellschaft und 3 staatlich kontrollierte türkische Unternehmen ein Abkommen, das auf Errichtung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft zur Fertigung von elektronischen Ausrüstungen abzielt. Die amerikanische Gesellschaft Aydin Corp. wird dabei mit einem Anteil von 38,5% beteiligt sein. Hauptpartner ist die türkische Luftwaffen-Unterstützungs-Gesellschaft mit 51% Beteiligung; die übrigen Anteile verteilen sich auf TESTAS (Elektronenindustrie-Unternehmen) und TUSAS (Flugzeugindustrie). Zu Beginn soll eine Industrieanlage in Ankara Ersatzteile für schon vorhandene Militärflugzeuge produzieren. Wenn dann später die Türkei ihre eigene Flugzeugindustrie aufgebaut hat, sollen die elektronischen Teile in diesem neu gegründeten Havelsan-Aydin-Werk hergestellt werden.

Des weiteren fand am 27./28. April das erste offizielle Treffen der letzten Dezember gegründeten türkisch-amerikanischen Verteidigungsgruppe statt, wobei Wege und Mittel der Modernisierung der türkischen Armee bespro-

chen wurden, die diese in die Lage versetzen soll, ihren NATO-Verpflichtungen nachkommen zu können.

TÜRKEI – EUROPA

Gespräche zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft wegen Steuern auf türkische Baumwoll-Exporte an die Gemeinschaft liefen Ende März in eine Sackgasse. Daraufhin erklärte das türkische Außenministerium, wenn die Europäer beim 12%igen Einfuhrzoll blieben, würde die Türkei einen 15%-igen Zoll auf aus der EG eingeführtes Eisenerz erheben.

Während seines Paris-Besuches hat Vizepremier Ozal jedoch am 19. April Gespräche geführt mit Vertretern der Europäischen Kommission, und zwar mit Davignon und Duchateau. Es wird berichtet, daß sie sich über Maßnahmen zur Beendigung der Meinungsverschiedenheiten geeinigt hätten, deren Durchführung jedoch noch von der Billigung eines jeden einzelnen Mitgliedslandes abhängt.

SOLIDARITÄT

Einer Einladung der Türkei zu den Feierlichkeiten anlässlich des 20jährigen Bestehens des Verfassungsgerichts ist nur von einem Land Folge geleistet worden, und zwar von der Schweiz. Frankreich, Deutschland, Spanien und Österreich sagten ab, Jugoslawien und Italien haben gar nicht reagiert. (9.4.)

Auf Initiative der Demokratischen Juristenvereinigung in Liege sandten 150 Rechtsanwälte mit durchaus unterschiedlicher politischer Einstellung einen Appell an den belgischen Premierminister, in dem sie um einen Akt der Hilfestellung bei der Freilassung von Orhan Apaydin bitten. (13.4.)

Die türkische Regierung erteilte dem dänischen Premierminister Joergensen keine Genehmigung zum Besuch Ecevit in der Türkei. (18.4.)

Die belgische sozialistische Partei organisierte ein Treffen in Gent zum Thema „Graue Wölfe in Belgien und Faschisten in der Türkei“. Bei dem Treffen sprachen auch zwei Vertreter von Info-Türk. (22.4.)

Der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC, der vom 19. bis 23. April in De Haag einen Kongreß abhielt, nahm eine Türkei-Resolution an, in der die sofortige Aufhebung der türkischen Mitgliedschaft im Europarat gefordert wurde. (23.4.)

Bei der Wiedereröffnung des DISK-Prozesses war eine ganze Reihe ausländischer Beobachter anwesend: Rechtsanwalt van Droogenbroeck für den Arbeiterweltbund, Claude Larzul für die Internationale Vereinigung Demokratischer Rechtsanwälte; auch die holländische FNV, die dänische LO und die spanische UGT haben Prozeßbeobachter entsandt. Am 26. April wollten Droogenbroeck und Larzul in Brüssel nach ihrer Rückkehr eine Pressekonferenz veranstalten. (24.4.)

Raymonde Dury, neues Mitglied im Europaparlament, forderte die Außenminister der EG auf, gemeinsam die Türkei vor die Europäische Menschenrechtskommission zu bringen. (28.4.)

Weder die Parlamentarische Versammlung noch der Ministerrat konnten bei ihrem Treffen vom 26. bis 30. April in Straßburg in der Türkeifrage einen festen Standpunkt einnehmen.

In der Parlamentarischen Versammlung stellten überhaupt nur der belgische Abgeordnete Dejardin, die Norwegerin Liv Aasen und der Brite Budtz Fragen an die Minister. Und der Ausschuß der Minister gab sich in seinem Abschlußkommunique zufrieden mit der Feststellung, daß über die Situation in der Türkei diskutiert worden sei.

IMMIGRATION

Die NPD hat eine „Ausländerstop“-Kampagne begonnen. (T-5.4.)

Einer der Kandidaten der „Ausländerstop, Hamburger Liste“, die sich an der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 6. Juni beteiligt, ist Mitglied der NPD. (M-6.4.)

Der Senator für Inneres von Berlin, Lummer, hat mitgeteilt, daß im Jahre 1981 694 Ausländer, darunter 400 Asylanwärter, ausgewiesen worden sind. (M-3.4.)

Die türkische Regierung fordert die Rückführung von 76 türkischen Staatsangehörigen, die sich im Ausland aufhalten. Sie sollen wegen ihrer früheren politischen Tätigkeit in der Türkei vor Gericht gestellt werden. Außerdem wird vermutet, daß sich etwa 7000 Personen, die in der Türkei gesucht werden, in der Bundesrepublik aufhalten. (C-7.4.)

Offiziell wurde mitgeteilt, daß im Jahre 1981 58.753 Personen als Arbeiter ins Ausland gezogen sind. Davon gingen 44.286 nach Libyen und 14.467 nach Saudiarabien. (DN-13.4.)

Nach einem Bericht, der vor dem NSR abgegeben wurde, haben Türken, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, insgesamt 12,7 Milliarden Dollar offiziell in die Türkei geschickt. Davon sind nur 5 % für Investitionen ausgegeben worden. (T-14.4.)

Z. Zt. arbeiten in den 100 Gesellschaften, die mit dem Geld türkischer Gastarbeiter im Ausland gegründet wurden, 10 942 Arbeiter.

Die immer stärker werdende Ausländerfeindlichkeit beschleunigt die Rückkehr vieler Türken in ihre Heimat. Täglich kehren 20 Familien aus der Bundesrepublik für immer in die Türkei zurück. (M-18.4.)

In einer Passage der Dortmunder Innenstadt, wo türkische Geschäftsleute ihre Läden haben, ist eine Bombe hochgegangen. (M-25.4.)

Der SPD-Parteitag verlangte in einem Antrag, daß die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik begrenzt wird. Auf der anderen Seite riefen die Gewerkschaften, Kirchen und sämtliche soziale Institutionen zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit auf. (H-25.4.)

Nach einer Mitteilung befinden sich zur Zeit 470 000 türkische Kinder im Grundschulalter im Ausland, davon können 94 000 keine Schule besuchen. 60 % der türkischen Schulkinder im Ausland haben keinen Schulabschluß. (TM-28.4.)

In der Dunlop-Fabrik in Hanau, wo 200 türkische Arbeiter beschäftigt sind, wurden ausländerfeindliche Flugblätter verteilt. (M-28.4.)

Die Türkin Elcin Kursad, Vorstandsmitglied der SPD in Hannover, bekommt täglich Drohbriefe.

Um den Personalmangel des Heeres in Zukunft mit ausländischen Jugendlichen zu decken, erhalten die Offiziere Unterricht im Islam. (M-29.4.)

Quellen: C-Cumhuriyet, H-Hürriyet, M-Milliyet, T-Tercüman, DN-The Turkish Daily News, G-Günaydin

Nachdruck von Artikeln unter Quellenangabe „Info-Türk“ erlaubt

Material zur internationalen Kampagne „Ein Stundenlohn für El Salvador“

• die farbige Plakat DIN A 2
(wie Abb. oben)

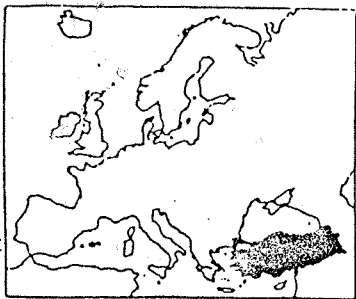
• Broschüre „Gewerkschafter in El Salvador“
(40 Seiten mit Fotos)

Einzelpreis 3,- DM
ab 10 Expl. 2,- DM
Einzelpreis 3,- DM
ab 10 Expl. 2,- DM

Einzel- und Sammelbestellungen:
Informationsstelle El Salvador e. V.
Sternbergstraße 81
5000 Köln 41

Nur Sammelbestellungen:
Bernd Siebert
Gerresheimer Straße 84
4000 Düsseldorf 1

Spenden bitte unter dem Stichwort „Ein Stundenlohn für El Salvador“ an: Informationsstelle El Salvador e. V. Postscheck-Konto München, BLZ 700100 80, Kto.-Nr. 180 769 802



FLASH INFO-TÜRK

INFO-TÜRK - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - 1040 BRUXELLES • TEL: (32-2) 230 34 72
EDITE PAR LE COLLECTIF TURC D'EDITION ET DE DIFFUSION • DEPOT LEGAL: 2198

DIE MILITÄRJUNTA ENTZIEHT ZWEI TÜRKISCHEN JOURNALISTEN IHRE PÄSSE

Paralell zu den Repressionen gegen die Demokraten in der Türkei verstärkt die Militärjunta ihren Druck gegen die Oppositionelle im Ausland.

Kürzlich erst das türkische Generalkonsulat in Brüssel die Verlängerung der Ausweise zweier in Brüssel lebenden Journalisten verweigert.

Dogan Özgüden und Inci Tugsavul -Redakteure der Agentur Info-Türk, die auf Repressionen und Praktiken der Antidemokraten in der Türkei aufmerksam macht- gingen am 3.3.1982 zum türkischen Konsulat um ihre Pässe verlängern zu lassen. Zwei Monate danach informierte sie der Konsul Ömer Sahinkaya, daß sie keine türkischen Ausweise mehr erhalten, weil dies das Militärregime, mit dem Hinweis auf ihre schädlichen Aktivitäten in der Türkei und im Ausland, verweigert.

Özgüden und Tugsavul mußten die Türkei zur Zeit des vorherigen Militärregimes 1971 verlassen wegen verschiedener Anklagen und Prozesse aufgrund ihrer beruflichen Aktivitäten d.h. Herausgeber der sozialistischen Zeitung ANT. Die Staatsanwaltschaft beantragte bis zu 200 Jahre Gefängnis für Özgüden und für Tugsavul bis 130 Jahre.

Sie haben ihren Kampf gegen die Militärregime im Exil, in Holland und in Belgien weitergeführt. Als Ecevit an die Macht kam, der z.Zt. durch die Junta Evrens im Gefängnis sitzt, haben sie sich 1978 an das türkische Konsulat gewandt und erhielten ihre türkischen Ausweise...

Özgüden, Mitglied der Gesellschaft türkischen Journalisten und des Generalverbandes der Journalisten Belgiens, und Tugsavul, Mitglied der Internationalen-Presse in Belgien, informieren seit sechs Jahren die Weltöffentlichkeit über die Türkei.

Die Verweigerung der Ausweise zweier unserer Kollegen ist ein Akt der Einschüchterung gegen die Aktivitäten von Info-Türk, die die einzige Presseagentur ist, die alternative Informationen über die Türkei herausgibt, da die Pressefreiheit in unserem Land abgeschafft wurde.

Dieser Fall deckt sich mit anderen Versuchen der Junta die Verbände Emigrierter zu zentralisieren und unter ihre Kontrolle zu bringen und somit auch die Emigration aus der Türkei zu verhindern. Ein anderer Aspekt dieser Initiative ist die Praktik türkischer Diplomaten eine türkische Lobby einzurichten, die Propaganda für das jetzige Regime macht.

Wir protestieren gegen diese neuen Repressionen der Junta, die ihre Zensur auch außerhalb ihrer Grenzen ausdehnen will und die Verbreitung der Wahrheit über die Türkei heute verhindern will. Wir appellieren an die Organisationen der Presse und der demokratischen Organisationen ihre Solidarität mit unseren beiden Kollegen und der geknebelten Presse in der Türkei zu manifestieren.